

VIVANT- Fraktion im PDG

Plenarsitzung vom 17.03.2008

Dekretvorschlag über die kommunale Wegedotation

Sehr geehrter Herr Präsident,
Sehr geehrte Mitglieder des Parlamentes und der Regierung,

Auf den ersten Blick scheint der Dekretvorschlag über die kommunale Wegedotation nur Vorteile zu bringen. Schnelle Entscheidungsmöglichkeit, Selbständigkeit, Planungssicherheit, weniger Verwaltungsaufwand, mehr Geld, usw.: Das Alles wurde von den Vertretern der Mehrheitsfraktionen hervorgehoben, und die VIVANT- Fraktion stimmt diesen Punkten auch zu.

Kann es dann überhaupt Bedenken gegen diesen Dekretvorschlag geben?

In der Ausschusssitzung hatte ich die zu geringe Summe der Dotation angesprochen angesichts der bereits jetzt sehr hohen Kosten für den Wegebau und den Unterhalt und angesichts der in Zukunft mit Sicherheit weiter ansteigenden Preise.

Außerdem berücksichtigt die sehr lange Zeitspanne von 10 Jahren während der diese Dotation festgelegt ist natürlich nicht eine ungünstige Entwicklung in der Zukunft.

Die Umwandlung von einer Bezuschussung in eine Dotation erscheint mir auch irgendwo mit einem Abtreten der Verantwortung für den Zustand des kommunalen Wegenetzes an die Kommunen verbunden: Mit anderen Worten, wenn in Zukunft der Straßenzustand in den Kommunen zu wünschen übrig lässt, dann hat dafür nicht die Regierung der DG sondern das jeweilige BSK der Gemeinde den schwarzen Peter.

Wie im GE vom 15. Februar zu lesen war, soll das gleiche Verfahren nun auch im Bereich der Gemeinde- und Sozialhilfe angewandt werden.

Während der Anhörung der Bürgermeister im Ausschuss des PDG wurde die zu geringe Summe der Dotation von den Gemeindevertretern bestätigt, woraufhin von Seiten der Mehrheit die Antwort gegeben wurde, die Gemeinden könnten ja dafür falls erforderlich ihre Steuern anheben. Das würde dann praktisch darauf hinauslaufen, dass die Bewohner einer Gemeinde dann so zu sagen eine Maut für ihr Gemeindegewegenetz zahlen müssten, obschon ja eigentlich die allgemeinen Steuern an den Staat das hergeben müssen, Steuern welche ja dann in Form der Dotation von föderal und von der WR wieder an die DG zurückfließen.

Einerseits bin ich der Meinung, dass während der Anhörung der Bürgermeister nicht alle Aspekte genügend angesprochen wurden. In Zusammenfassung:

1. Alle sind sich einig, dass ein gut unterhaltenes Wegenetz in den Gemeinden eine große Bedeutung für die DG hat – z.B. Verkehrssicherheit, Image der DG, Tourismus, usw. Somit bleibt beim kommunalen Wegebau- und Wegeunterhalt neben den Gemeinden auch die DG trotz fester Dotation ganz besonders in der Verantwortung.
2. In Zukunft werden für das kommunale Wegenetz mit großer Wahrscheinlichkeit immer mehr finanzielle Mittel notwendig sein, und die große Zeitspanne der Dotationsfestlegung über 10 Jahre berücksichtigt diese wahrscheinliche Entwicklung, trotz der vorgeschlagenen gestaffelten Erhöhung der Dotation nicht.
3. Die Steuererhebungsmöglichkeit durch die Gemeinden hat ihre Grenzen angesichts der sinkenden Kaufkraft bei einer ständig steigenden Zahl von Gemeindemitgliedern, und angesichts der hohen allgemeinen Steuerabgaben die, wie schon gesagt, in Form der föderalen Dotation an unsere Gemeinschaft zurückfließen.
4. Wir haben schließlich den Eindruck, dass die Regierung der DG den Gemeinden den schwarzen Peter überlässt und sich der Verantwortung in diesem Bereich entledigt.

Andererseits zeigen Sie, werte Mitglieder der Regierung und der Mehrheit hier im Parlament bisher nirgendwo den Willen bei sich selber maßvoll vorzugehen. Beispiele dazu gibt es genug: Die 4 Minister und die 4 Kabinette, die kostspieligen Repräsentationen in Brüssel und Berlin, der unnötige Parlamentsumzug, die zu zahlreichen Parlamentsmitglieder, zu viele Vertreter in den Ausschusssitzungen und überflüssige Sitzungen, vielfältige Verschwendungen im Funktionsbereich, usw.

Und das Alles vor dem Hintergrund, dass z.B. im entscheidenden Bereich der Energieeffizienzsteigerung der Gebäude in der Zuständigkeit der DG immer noch - nur geplant wird und noch nichts Konkretes geschehen ist. Sie haben aber inzwischen schon mindestens 2 Jahre verspielt und deshalb viele Tonnen an zusätzlichen Treibhausgasemissionen zu verantworten!

Obschon die VIVANT- Fraktion sich natürlich für das Subsidiaritätsprinzip ausspricht, und obschon wir uns der positiven Grundhaltung der Gemeindevertreter zu diesem Dekretentwurf bewusst sind, machen wir unsere Zustimmung davon abhängig, ob der Ministerpräsident in seiner Antwort den Verdacht eines "Sich aus der Verantwortung Stehlens" in der Zukunft von Seiten der

Regierung glaubhaft beseitigen wird.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

Dr. Joseph Meyer

VIVANT- Fraktion im PDG